

Ein böses Erwachen droht

■ HEINER BOBERSKI

Die globale Lage am Jahresende 2023 ist unsicher wie schon lange nicht mehr, die Politik muss sich endlich ernsthaft den Ängsten der Menschen stellen.

Denken Sie ein Jahr voraus und stellen Sie sich vor: Donald Trump hat die Präsidentschaftswahl 2024 in den USA gewonnen und kehrt ins Weiße Haus zurück. Wie wird sich das auf die Weltpolitik – etwa auf den Umgang mit der Klimaerwärmung oder mit dem Krieg in der Ukraine – auswirken? In Österreich hat die FPÖ unter Herbert Kickl einen klaren Wahlsieg mit einer deutlichen relativen Mehrheit errungen. Wie kann es, wenn ihn der Bundespräsident – wie bereits angekündigt – nicht mit der Bildung einer Regierung beauftragen will, weitergehen?

Man sollte sich schon heute ernsthaft mit solchen Szenarien und Fragen befassen, denn die Wahrscheinlichkeit, dass sie aktuell werden, ist relativ groß. Ein Blick auf die globale Lage am Jahresende 2023 zeigt, dass diese so unsicher wie schon lange nicht mehr ist. Und die Situation in Österreich lässt sich auch nicht gerade als stabil bezeichnen.

Brandherde wohin man blickt

Die Zahl der politischen Brandherde ist groß. Wenn einer aufgrund aktueller Ereignisse ins Zentrum der medialen Berichterstattung rückt – wie im Herbst 2023 Israel und Palästina –, werden deshalb die anderen Konflikte nicht weniger: ob in der Ukraine, im Jemen, in Syrien, im Sudan, in Myanmar oder im Zusammenhang mit anderen Staaten, wo es zwar derzeit nur geringe oder noch keine bewaffneten Auseinandersetzungen gibt, wo es aber immer wieder gewaltig brodeln

Man wird dabei vor allem an Nordkorea denken, an China und Taiwan, aber auch an einige weitere Länder, vornehmlich in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Brandbeschleuniger

Über die Ursachen all dieser Konflikte, die von Land zu Land recht unterschiedlich sein mögen, lässt sich trefflich diskutieren. Da können irgendwelche historische Ansprüche oder religiöser Fanatismus eine Rolle spielen, aber auch Machtgier und wirtschaftliche Interessen. Ein wesentlicher Brandbeschleuniger der Konflikte sind jedoch immer wieder die teilweise himmelschreienden Ungleichheiten zwischen Reichen und Armen, die Ängste der Mächtigen um den Erhalt und die Vermehrung ihres Vermögens auf der einen und die Existenzängste der Ohnmächtigen auf der anderen Seite. Dazu kommen jede Menge Zukunftsängste, vor allem vor einer unkontrollierten Migration, vor einem noch immer nicht ernst genug genommenen Klimawandel, vor sozialem und finanziellem Abstieg, aber auch vor unheimlichen Entwicklungen wie der Künstlichen Intelligenz.

Es wäre zwar vernünftig, dass man in einer solchen Situation als Menschheit, aber auch als Bevölkerung eines Landes zusammenrückt und mit den besten Köpfen nach Auswegen sucht, aber paradoxerweise ist das Gegenteil der Fall: Ein großer Teil der Wählerschaft scharft sich um machthungrige Demagogen, die ein „Wir-Gefühl“ erzeugen, indem sie ande-



Heiner Boberski ist Journalist und Buchautor. Er war Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Furche“ und Ressortleiter in der „Wiener Zeitung“.

■ **Der selbsternannte „Volkskanzler“ Herbert Kickl hat keine starken Gegner.**

re ausgrenzen und für die Probleme verantwortlich machen, gegen die sie – und natürlich nur sie – die richtigen Rezepte zu besitzen vorgeben, aber in der Realität keineswegs haben.

Urnengänge der jüngsten Zeit deuten leider mehrheitlich auf einen Vormarsch von mehr oder weniger radikalen Rechtspopulisten, von ausländerfeindlichen Nationalisten, oft auch von EU-Kritikern, Klimaleugnern und Russland-Freunden hin. In Italien kamen die rechtsradikalen Fratelli d'Italia mit Giorgia Meloni, die aber relativ pragmatisch regiert, an die Macht. In der Schweiz feierte die rechtskonservative Schweizerische Volkspartei (SVP) mit einer nicht gerade migrantenfreundlichen Politik einen klaren Wahlsieg. Gewinn zwar in Polen das EU-freundliche Bündnis um den ehemaligen EU-Ratsvorsitzenden Donald Tusk die Wahl (dem aber Präsident Andrzej Duda vorerst den Regierungsauftrag verweigerte), so setzte sich in der Slowakei mit Robert Fico ein Nationalist durch, der mehr Wladimir Putin als der Ukraine oder der EU zugeneigt erscheint.

Ende der Demokratie durch demokratische Wahlen?

In den Niederlanden holte sich der radikale Rechtspopulist Geert Wilders die relative Mehrheit. Der Erfolg des mit einer Kettensäge gegen die „politische Kaste“ wetternden „Anarcho-Kapitalisten“ Javier Milei bei der Präsidentschaftswahl in Argentinien – gegen ihn wirkt sogar Donald Trump wie ein seriöser Staatsmann – lässt befürchten, dass Demokratien durch demokratische Wahlen ihr Ende finden können. Länder wie die Türkei oder Ungarn haben ja schon den Weg zu „illiberalen Demokratien“ beschritten. Dort wird zwar noch gewählt, aber die Abwahl der dort regierenden „Autokraten“ Recep Tayyip Erdogan und Viktor Orban ist durch massive Eingriffe in die Justiz und in die Medienlandschaft deutlich erschwert worden.

Läuten da nicht in Österreich und Deutschland schon alle Alarmglocken, wenn ähnlich denkende Politiker in den Meinungsumfragen nach oben schnellen? Die rechtsradikale AfD ist im Osten Deutschlands auf dem Sprung zur Nummer 1 und in der ganzen Bundesrepublik mit über 20 Prozent Zweiter. Groteskerweise könnte vielleicht am ehesten die neue Liste der Linkspopulistin Sarah Wagenknecht die Chancen der AfD mindern.

Dass sich in Österreich die FPÖ als Partei der Autoraser, Klimawandelleugner und Impfgegner mit Distanz zur EU und zur Unterstützung der Ukraine in Umfragen stabil bei etwa 30 Prozent hält, wirkt unverständlich. Der selbsternannte „Volkskanzler“ Herbert Kickl hat allerdings keine starken Gegner. Die ÖVP wirkt, spätestens, seit sich Othmar Karas von ihr abgewandt hat, auch nicht gerade als Europapartei und schon gar nicht als Klimaschutzpartei, wenn Kanzler Karl Nehammer weiter den Verbrennungsmotor propagiert und man ihren Umgang mit dem Koalitionspartner in Klimafragen ansieht. Ob die SPÖ ihre inneren Zwistigkeiten wirklich beendet hat und der alte linke Töne anschlagende Parteichef Andreas Babler in seiner – einst extrem kritischen – Haltung zur EU gereift ist, bleibt abzuwarten.

Notwendige Maßnahmen

Wie die Wahlen in den USA ausgehen, wird man in Österreich nicht beeinflussen können. Was die Lage in Österreich betrifft, wird es jedenfalls nicht reichen, wenn jene, denen die aktuellen Entwicklungen nicht gefallen, sie nur beobachten und bejammern. Es gilt, jede Gelegenheit – im Bekanntenkreis, in den traditionellen und in den sogenannten sozialen Medien, in der Öffentlichkeit – zu nutzen, um den Politikern und Parteien ins Gewissen zu reden, damit sie endlich keine Energie und Zeit für den Streit um Postenbesetzungen und für wechselseitige Schmutzkübel-

kampagnen und Intrigen verschwenden (weil davon in der Regel immer nur die Populisten profitieren), sondern endlich gemeinsam eine Politik machen, um den Menschen die oben genannten Ängste zu nehmen. Aber vielleicht muss man zuerst einmal den Politikern die Angst davor nehmen, längst notwendige Maßnah-

men in diesen Bereichen – Klimawandel, Migration, soziale Gerechtigkeit, moderne Technologien – zu setzen, weil diese die eigene Klientel verärgern oder unpopulär sein könnten. Werden solche Maßnahmen nicht bald gesetzt oder zumindest eingeleitet, wird es im Herbst 2024 für viele ein böses Erwachen geben. ■

75 Jahre / Katholische Aktion Österreich

Pilgern im Jetzt / #kaoe_75 / Gründung im Mai 1949

Donnerstag, 9. Mai 2024 / Linz

10:00 Begegnung & Austausch / *in der KA-Gemeinschaft*

11:00 Eucharistiefeier / *mit Referatsbischof Wilhelm Krautwaschl*

12:00 Mittagsrast / *für leibliches und geistiges Wohl*

13:30 Podiumsgespräch / *mit den im Parlament vertretenen Parteien*

KA-Zukunftsmanifest / *Tiefe, Weite und Zukunft*

15:00 Konzert „Vierkanter“ / *Musik mit Humor und Sinn*

Bitte merken Sie den Termin jetzt schon vor,
alle detaillierten Informationen finden Sie online.

/ Wir freuen uns auf das gemeinsame Feiern!



www.kaoe.at/75jahre

Katholische Aktion
Österreich



75
jahre